

Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, Beratungshilfe

Dürbeck / Gottschalk

9., völlig neu bearbeitete Auflage 2020
ISBN 978-3-406-73249-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 47

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Prozess- und Verfahrenskostenhilfe, Beratungshilfe

bearbeitet von

Dr. Werner Dürbeck

Richter am Oberlandesgericht Frankfurt a. M.

Yvonne Gottschalk

Richterin am Oberlandesgericht Frankfurt a. M.

Fortführung des von

Dr. Elmar Kalthoener †

begründeten Werks

9., völlig neu bearbeitete Auflage 2020
beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitierweise: Dürbeck/Gottschalk PKH/VKH Rn. ...



www.beck.de

ISBN 978 3 406 73249 2

© 2020 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim
Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen
(Adresse wie Verlag)



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 9. Auflage

Auch wenn vier Jahre nach Erscheinen der Vorauflage keine wesentlichen Gesetzesänderungen im Bereich der Prozesskosten- und Beratungshilfe sowie im Kostenrecht zu verzeichnen sind, ist die Dynamik des Kostenhilferechts beeindruckend. Vor allem die zahlreiche Rechtsprechung der Arbeits- und Familiengerichte zur Prozesskosten- bzw. Verfahrenskostenhilfe ist nur mit großem Aufwand zu überschauen und prägt das Kostenhilferecht nachhaltig. Anders stellt sich die Lage dagegen im Beratungshilferecht dar, hier werden zunehmend weniger Gerichtsentscheidungen veröffentlicht, was auch damit im Zusammenhang stehen könnte, dass durch die letzte Reform zahlreiche verfahrsrechtliche Fragen gesetzlich geregelt worden sind.

Daneben sind in den letzten Jahren auch wichtige Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, insbesondere zur Finanzierung der Übersetzungskosten für Belege im Rahmen der Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers, und auch des Bundesgerichtshofs, etwa zur Prozesskostenhilfe für den Insolvenzverwalter und für juristische Personen und Personengesellschaften, ergangen. Im Bereich des Strafrechts hat sich der Gesetzgeber vor dem Hintergrund neuer europarechtlicher Vorgaben zu Recht dagegen entschieden, die Frage der notwendigen Verteidigung an die Bedürftigkeit des Beschuldigten bzw. Angeklagten zu knüpfen.

Die Reihenfolge der Randnummern der Vorauflage wurde beibehalten. Wegen der eigenständigen Bedeutung des Tatbestandsmerkmals der Mutwilligkeit in § 114 ZPO wurde diesem ein gesondertes Kapitel zugewiesen, so dass nunmehr insgesamt 24 Kapitel vorhanden sind.

Unverändert bleibt es unser Ziel, dem Leser – über die ordentliche Gerichtsbarkeit hinaus – ein zuverlässiges Bild über die Praxis der PKH, VKH und Beratungshilfe zu geben.

Unser besonderer Dank gilt Herrn Dr. Rosner vom Verlag C.H.BECK für seine Unterstützung unserer Arbeit an diesem Werk.

Der Bearbeitung liegen Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur nach dem Stand von Ende Dezember 2019 zugrunde.

Frankfurt a. M., im Februar 2020

Dr. Werner Dürbeck

Yvonne Gottschalk

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Bearbeiterverzeichnis

Dürbeck: §§ 1–5 und §§ 11–24
Gottschalk: §§ 6–10

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 9. Auflage	V
Bearbeiterverzeichnis	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Literaturverzeichnis	XXV
1. Teil. Prozess- und Verfahrenskostenhilfe	1
§ 1 Einleitung	1
§ 2 Andere Wege der Prozesskostenminderung	6
§ 3 Anwendungsbereiche der Prozesskostenhilfe	7
§ 4 Parteien im Prozesskostenhilferecht	27
§ 5 Das Prozesskostenhilfe-Bewilligungsverfahren	52
§ 6 Bedürftigkeit	108
§ 7 Erfolgssaussicht	179
§ 8 Mutwillen	200
§ 9 Bewilligung von Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe	217
§ 10 Beiodnung Rechtsanwalt	232
§ 11 Wirkung der PKH-Bewilligung für die Parteien	261
§ 12 Wirkung der Anwaltsbeiodnung im Einzelnen und Anwaltsvergütung	281
§ 13 Anspruchsübergang auf die Staatskasse gemäß § 59 RVG	322
§ 14 Überprüfung und Abänderung der PKH-Bewilligung	332
§ 15 Aufhebung der PKH-Bewilligung	347
§ 16 Sofortige Beschwerde im PKH-Verfahren	367
§ 17 Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe	394
2. Teil. Beratungshilfe	403
§ 18 Allgemeines	403
§ 19 Subjektive Voraussetzungen	416
§ 20 Objektive Voraussetzungen	418
§ 21 Umfang der Beratungshilfe	432
§ 22 Bewilligungsverfahren	435
§ 23 Gebühren und Vergütung	450
§ 24 Kostenfeststellungsverfahren	469
Sachverzeichnis	473

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Prozess- und Verfahrenskostenhilfe	1
 § 1 Einleitung	1
I. Das Gesetz über Prozesskostenhilfe vom 13.6.1980	1
II. Änderungen des Prozesskostenhilferechts in der Folgezeit	2
 § 2 Andere Wege der Prozesskostenminderung	6
 § 3 Anwendungsbereiche der Prozesskostenhilfe	7
I. Verfassungsgerichtsbarkeit	7
II. Ordentliche Gerichtsbarkeit	7
1. Zivilprozess	7
2. Familiensachen und Freiwillige Gerichtsbarkeit	14
3. Strafprozess	15
III. Arbeitsgerichtsbarkeit	20
IV. Verwaltungsgerichtsbarkeit	21
V. Sozialgerichtsbarkeit	22
VI. Finanzgerichtsbarkeit	24
VII. Ausländische Gerichte	25
VIII. Statistik	25
 § 4 Parteien im Prozesskostenhilferecht	27
I. Natürliche Personen	27
1. Geltendmachung eigener Rechte	27
2. Geltendmachung abgetretener Rechte	28
3. Prozessstandschaft	29
4. Musterprozesse – Musterfeststellungsklage	31
5. Gesetzliche Vertretung	31
6. Streitgenossen	32
7. Ehegatten als Streitgenossen	34
8. Streithilfen und Beigeladene	34
9. Das verfahrensfähige Kind	35
10. Ausländer und Staatenlose	36
11. Beteiligte im Insolvenzverfahren	37
II. Parteien kraft Amtes	42
1. Insolvenzverwalter	42
2. Andere Parteien kraft Amtes	48
3. Keine Anwendung von §§ 115 Abs. 2, 117 Abs. 3 ZPO	48
III. Juristische Personen und parteifähige Vereinigungen	48
IV. Nicht parteifähige Vereinigungen	50
V. Parteiwechsel	51
 § 5 Das Prozesskostenhilfe-Bewilligungsverfahren	52
I. Zulässigkeit eines Prozesskostenhilfeverfahrens	52
1. Objektive Zulässigkeitsvoraussetzungen	52
2. Subjektive Zulässigkeitsvoraussetzungen	56
II. Form des Antrags	57
1. Schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle	57
2. Kein Anwaltszwang für den Antrag	57
3. Formularvorlage als Zulässigkeitsvoraussetzung?	57
III. Zuständiges Gericht für den Antrag	58
IV. Antragswirkungen	63
1. Anhangigkeit Prozesskostenhilfeverfahren	63

2. Sonstige prozessuale Wirkungen des Prozesskostenhilfeantrags	63
3. Gleichstellung PKH-Antrag mit Klageerhebung?	65
V. Prozesskostenhilfeantrag mit Klage oder Rechtsmittel	67
1. PKH-Antrag und Klage	67
2. PKH-Antrag und Rechtsmittel	69
VI. Notwendiger Inhalt des Prozesskostenhilfeantrags	75
1. Mindestinhalt	75
2. Darstellung des Streitverhältnisses	75
3. Formular	77
VII. Hilfe zur Antragstellung durch Rechtsanwälte und Gerichte	84
1. Anwaltpflicht zu Hinweis und Belehrung	84
2. Beratungspflicht des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	85
3. Fürsorge- und Hinweispflicht des Gerichts	86
4. Amtshaftung	86
VIII. Das Prozesskostenhilfe-Prüfungsverfahren (§ 118 ZPO)	87
1. Rechtsnatur des Verfahrens	87
2. Beteiligung des Gegners (§ 118 Abs. 1 S. 1 ZPO)	87
3. Datenschutz im PKH-Prüfungsverfahren	89
4. Keine Prozesskostenhilfe für das PKH-Prüfungsverfahren	89
5. Verfahrensgang	93
6. Einigungsgebühr bei anhängigem PKH-Verfahren	107
7. Hauptgebote für den Richter im PKH-Prüfungsverfahren	107
8. Förderung des PKH-Verfahrens durch den Antragsteller	108
§ 6 Bedürftigkeit	108
I. Gesetzliche Grundlagen	108
II. Personaler Bezugspunkt der „persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse“	110
III. Berechnung des Einkommens	111
1. Ermittlung des Bruttoeinkommens	111
2. Einzelne Einkunftsarten	113
3. Fiktives Einkommen	118
4. Schätzung des Einkommens nach den Lebensverhältnissen des Antragstellers	120
5. Bildung von Rücklagen	121
6. Zeitpunkt der Einkommensfeststellung	121
IV. Abzüge vom Einkommen	121
1. Die in § 82 Abs. 2 SGB XII genannten Beträge (§ 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 1a ZPO)	121
2. Freibetrag für Erwerbstätige, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 1b ZPO	125
3. Freibetrag für die Partei, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 2a ZPO	126
4. Unterhaltsfreibetrag für den Ehegatten/Lebenspartner des Antragstellers, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 2a ZPO	126
5. Unterhaltsfreibetrag für weitere unterhaltsberechtigte Personen, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 2b ZPO	127
6. Kosten der Unterkunft und Heizung, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 3 ZPO	128
7. Mehrbedarfe, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 ZPO	132
8. Besondere Belastungen, § 115 Abs. 1 S. 3 Nr. 5 ZPO	133
V. Die auf die Prozesskosten zu zahlenden Monatsraten, § 115 Abs. 2 ZPO	138
1. Berechnung der Monatsraten	139
2. Auslandsfälle	139
3. Mindestanzahl der Raten und voraussichtliche Kosten	140
4. Höchstens 48 Monatsraten unabhängig von der Zahl der Rechtszüge	141
5. Gestaffelte Ratenhöhe	142
6. Veränderung der Ratenhöhe in der zweiten Instanz	142
7. Ende und Einstellung der Ratenzahlung bei Kostendeckung (§ 120 Abs. 3 ZPO)	143
8. Wegfall besonderer Belastungen (§ 120 Abs. 1 S. 2 ZPO)	144
VI. Einzusetzendes Vermögen	144
1. Gesetzliche Grundlagen	144
2. Vorrang Einkommens- oder Vermögensprüfung?	145

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	XIII
3. Vermögensbestandteile	145
4. Schonvermögen	156
5. Kreditaufnahme	161
6. Künftiges Vermögen	162
VII. Fiktives Vermögen	163
VIII. Prozesskostenvorschussansprüche/Verfahrenskostenvorschussansprüche	164
1. Berücksichtigung im PKH-Verfahren	164
2. Persönliche Voraussetzungen des Prozesskostenvorschussanspruchs/ Verfahrenskostenvorschussanspruchs	166
3. Sachliche Voraussetzungen des Prozesskosten-, Verfahrenskostenvorschussanspruchs	169
4. Zeitpunkt der Geltendmachung	176
5. Prozesskostenvorschussansprüche ausländischer Parteien	177
6. Prozesskostenvorschuss gegen den Sozialhilfeträger für die Geltendmachung rückständigen Unterhalts (§§ 94 Abs. 4 SGB XII, 7 Abs. 4 UVG)	177
IX. Teilweise Hilfsbedürftigkeit	178
X. Veränderung der Verhältnisse	178
§ 7 Erfolgsaussicht	179
I. Hinreichende Erfolgsaussicht der beabsichtigten Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung	179
1. Keine verfassungsrechtlichen Bedenken	179
2. Begriff	179
3. Keine Überspannung der Anforderungen an die Erfolgsprüfung	179
4. Inhalt der Prüfung	180
5. Teilweise Erfolgsaussicht/Zuständigkeitsgrenzen	183
6. Erfolgsaussicht bei fehlender Vollstreckungsaussicht/Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	184
7. Erfolgsaussicht bei freiwilliger Leistung	185
8. Erfolgsaussicht der Rechtsverteidigung	185
9. Erfolgsaussicht bei erforderlicher Beweisaufnahme	187
10. Entscheidender Zeitpunkt für die Prüfung der Erfolgsaussicht	187
11. Erfolgsprüfung in besonderen Verfahren	190
12. Erfolgsprüfung für die Zwangsvollstreckung	197
13. Erfolgsprüfung für die Rechtsmittelinstanz	198
§ 8 Mutwillen	200
1. Begriff	200
2. Rechtsprechungsbeispiele für Mutwillen (alphabetisch)	201
3. Zeitpunkt der Mutwillen-Prüfung	217
§ 9 Bewilligung von Prozesskostenhilfe/Verfahrenskostenhilfe	217
I. Gegenstand der Prozesskostenhilfe(VKH)-Bewilligung	217
1. Unmittelbare Rechtswahrnehmung in gerichtlichen Verfahren mit besonderen Kosten	217
2. PKH-Bewilligung für jeden Rechtszug besonders	218
3. Beginn und Ende der Instanz	218
4. Umfang der Instanz	219
5. PKH für die Zwangsvollstreckung	221
II. Inhalt der PKH-Bewilligung	221
III. Rückwirkende PKH-Bewilligung	223
1. Grundsatz: Festlegung im Bewilligungsbeschluss	223
2. Trennung Zeitpunkt Rückbeziehung/Erfolgsprüfung	224
3. Grundsätzlich keine Rückbeziehung auf die Zeit vor Antragstellung	224
4. Rückbeziehung auf Antragstellung oder Entscheidungsreife?	224
5. Maßgeblicher Zeitpunkt: Eingang eines gemäß § 117 ZPO vollständigen Antrags	226
6. Verschulden des Anwalts ist der hilfsbedürftigen Partei zuzurechnen	226
7. Bewilligung von PKH nach Instanzende	227
8. Sofortige Beschwerde gegen PKH-Ablehnung nach Instanzabschluss	227

IV.	Form der PKH-Entscheidung	228
1.	Grundsatz: Keine stillschweigende Bewilligung	228
2.	Stillschweigende PKH-Ablehnung	229
3.	Urschrift maßgebend für Beschlussinhalt	229
4.	Begründung des PKH-Beschlusses	229
5.	Keine Kostenentscheidung im PKH-Verfahren	230
V.	Wirksamwerden der PKH-Entscheidung	230
VI.	Keine Rechtskraft der PKH-Ablehnung	232
§ 10	Beiordnung Rechtsanwalt	232
I.	Grundgedanke	232
II.	Fünf Beiordnungstatbestände	233
III.	Verfahren der Beiordnung	233
1.	Ausdrücklicher Gerichtsbeschluss	233
2.	Umfang der Beiordnung	234
3.	Antrag auf Beiordnung	234
4.	Freie Anwaltswahl	235
5.	Bereitschaft des Anwalts zur Vertretung	238
6.	Notanwalt	238
IV.	Sachvoraussetzungen der Beiordnung	239
1.	Anwaltsprozess (§ 121 Abs. 1 ZPO; 78 Abs. 1 FamFG)	239
2.	Parteiprozess/Verfahren ohne Anwaltszwang (§ 121 Abs. 2 ZPO, § 78 Abs. 2 FamFG)	240
3.	Mehrkosten auswärtiger Anwalt (§ 121 Abs. 3 ZPO)	250
4.	Verkehrsanwalt	253
5.	Beweisaufnahmeanwalt	255
6.	Beiordnung eines Unterbevollmächtigten/Terminsvertreters?	256
V.	Wirkung der Beiordnung	257
1.	Umfang der Beiordnung	257
2.	Mandatsvertrag und Prozessvollmacht	258
3.	Überblick über vergütungsrechtliche Wirkungen der Beiordnung	259
4.	Wirksamkeit der Beiordnung	260
§ 11	Wirkung der PKH-Bewilligung für die Parteien	261
I.	Überblick	261
II.	Gerichtskostenbefreiung der hilfsbedürftigen Partei	262
1.	Grundsatz	262
2.	Zeitpunkt für die Befreiung	262
3.	Keine Änderung gesetzlicher Bewilligungswirkungen	262
4.	„Rückständige“ und „entstehende“ Kosten	263
5.	Gerichtsvollzieherkosten	263
6.	Parteiauslagen als „Gerichtskosten“	263
7.	Weitere Abgrenzungsfragen zu „Gerichtskosten“ (alphabetisch)	267
8.	Geltendmachung der Kosten nach gerichtlicher Bestimmung	268
9.	Gerichtskostenbefreiung bei Teilbewilligung von PKH	268
10.	PKH ohne Anwaltsbeiordnung	269
11.	Rückzahlung von gezahlten Kosten	269
12.	Zahlung der Gerichtskosten bei Übernahme durch Vergleich	269
III.	Stundung der Vergütungsansprüche der beigeordneten Anwälte (§ 122 Abs. 1 Nr. 3 ZPO)	270
IV.	Kein Einfluss der PKH auf die Kostenerstattung an den Prozessgegner	271
1.	Grundsatz	271
2.	Ausnahme	272
3.	Einzelfragen zur Gerichtskostenverteilung	272
4.	Ende der Kostenbefreiung	275
V.	Kostenerstattungsanspruch der hilfsbedürftigen Partei	275
1.	Eigener Prozessaufwand als materielle Voraussetzung	275
2.	Kostenfestsetzungsantrag der Partei	276
3.	Verstrickung der Kostenerstattungsansprüche der Partei durch Betreibungsrechte des Anwalts	277

4. Nebeneinander der Kostenerstattungsansprüche der Partei und ihres Anwalts und „Umschreibung“	278
VI. Kostenvorteile des Prozessgegners infolge einer PKH-Bewilligung	279
§ 12 Wirkung der Anwaltsbeiodnung im Einzelnen und Anwaltsvergütung	281
I. Privatrechtliche Vergütungsansprüche des beigeordneten Anwalts	281
II. Unzulässige Honorarvereinbarung nach § 3a Abs. 3 S. 1 RVG	281
III. Unzulässigkeit von Honorarvereinbarungen und der Geltendmachung von Honoraransprüchen nach der Berufsordnung für Rechtsanwälte	282
IV. Auslagerungsanspruch des beigeordneten auswärtigen Anwalts	282
V. Umfang der Stundung der Vergütung des beigeordneten Anwalts	283
1. Vor PKH-Bewilligung entstandene Vergütungsansprüche	283
2. Beiodnung eines „auswärtigen“ Anwalts (– Rn. 690 ff.)	283
3. Vorschüsse der Partei an den Anwalt	285
4. Beiodnung eines anderen als des PKH-Verfahrensanwalts	286
5. Wechsel des beigeordneten Anwalts	286
6. Anwaltsgebühren bei Teilbewilligung PKH	287
7. Anwaltsgebühren bei Vertretung von Streitgenossen	287
8. Anwaltsgebühren bei Nichtbewilligung der PKH	288
9. Anwaltsgebühren bei Bewilligung von PKH	288
VI. Rechtsbeziehungen des Anwalts infolge der Beiordnung	289
1. Rechtsverhältnis zur Partei	289
2. Rechtsverhältnis zum Staat	289
3. Rechtsverhältnis zum kostenertattungspflichtigen Prozessgegner	291
4. Drei konkurrierende Ansprüche des beigeordneten Anwalts gegen Partei, Staat, Prozessgegner	291
5. Anspruchsübergang auf die Staatskasse gemäß § 59 RVG	292
VII. Vergütung des beigeordneten Anwalts bzw. der sonstigen Berufsgruppen gemäß den §§ 45–59 RVG	292
1. Voraussetzungen der Vergütung aus der Staatskasse	292
2. Fälligkeit der Vergütung	298
3. Verjährung des Vergütungsanspruchs	298
4. Rückzahlung überzahlter Anwaltsvergütung	299
5. Rückfestsetzung	300
6. Art der Vergütung	301
7. Vorschusszahlung an Anwalt	309
VIII. Verfahren zur Festsetzung der Vergütung des beigeordneten Anwalts	309
1. Regelung	309
2. Antrag	310
3. Festsetzungsverfahren des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle	310
4. Entscheidung im Festsetzungsverfahren	313
5. Rechtsbehelfe	314
6. Rechtskraft der Vergütungsfestsetzung	316
7. Verwirkung	316
8. Aufhebung der PKH und Anwaltsvergütung	317
IX. Wahlanwaltsvergütung und Beitreibungsrecht des beigeordneten Anwalts	317
1. Anspruch auf Wahlanwaltsvergütung	317
2. Beitreibungsrecht des beigeordneten Anwalts gemäß § 126 ZPO	319
X. Vorschüsse und Zahlungen an den beigeordneten Rechtsanwalt (§ 58 RVG)	321
§ 13 Anspruchsübergang auf die Staatskasse gemäß § 59 RVG	322
I. Zweck der Vorschrift	322
II. Übergehende Ansprüche	323
III. Zeitpunkt des Anspruchsübergangs	328
IV. Verfügungen der Partei über den Erstattungsanspruch, Benachteiligung der Staatskasse	328
V. Einwendungen und Einreden gegen übergegangene Ansprüche	330
VI. Grundloses Unterlassen der Geltendmachung des Beitreibungsrechts nach § 126 ZPO durch den beigeordneten Anwalt	331

VII. Keine Geltendmachung des Übergangs zum Nachteil des beigeordneten Anwalts	331
VIII. Verjährung	332
IX. Verfahren bei Geltendmachung auf die Staatskasse übergeganger Ansprüche	332
§ 14 Überprüfung und Abänderung der PKH-Bewilligung	332
I. Allgemeines	332
II. Übergangsrecht	333
III. Wesentliche Veränderung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse	334
1. Veränderungen des Vermögens und des Einkommens	334
2. Wesentlichkeit der Veränderung	339
3. Beachtung der 4-Jahresgrenze von § 120a Abs. 1 S. 4 ZPO (§ 120 Abs. 4 S. 3 ZPO aF)	340
4. Rechtsfolgen und Wirkung	340
IV. Verfahren	342
1. Zuständigkeit	342
2. Ordnungsgemäße Einleitung des Verfahrens	342
3. Die Vierjahresfrist des § 120a Abs. 1 S. 4 ZPO (§ 120 Abs. 4 S. 3 ZPO aF)	344
4. Entscheidung	346
V. Rechtsbehelfe	346
§ 15 Aufhebung der PKH-Bewilligung	347
I. Allgemeines	347
II. Aufhebungstatbestände	350
1. § 124 Abs. 1 Nr. 1 ZPO (§ 124 Nr. 1 ZPO aF)	350
2. § 124 Abs. 1 Nr. 2 ZPO (§ 124 Nr. 2 ZPO aF)	353
3. § 124 Abs. 1 Nr. 3 ZPO (§ 124 Nr. 3 ZPO aF)	358
4. § 124 Abs. 1 Nr. 4 ZPO	360
5. § 124 Abs. 1 Nr. 5 ZPO (§ 120 Nr. 4 ZPO aF)	362
6. § 124 Abs. 2 ZPO	364
III. Wirkung der Aufhebung	365
IV. Zuständigkeit, Verfahren und Rechtsbehelfe	365
§ 16 Sofortige Beschwerde im PKH-Verfahren	367
I. Allgemeines und Abgrenzung	367
II. Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde	371
1. Statthaftigkeit der sofortigen Beschwerde	371
2. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	383
3. Beschwerdefrist; Einlegung nach Instanzende oder Rechtskraft	383
4. Beschwer und allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	386
5. Abhilfeentscheidung und Vorlage	386
III. Begründetheit der sofortigen Beschwerde	388
1. Prüfungszeitpunkt	388
2. Prüfungsumfang	388
IV. Kosten der Beschwerdeinstanz	390
1. Gebühren und Streitwert	390
2. Kostenentscheidung im Beschwerdeverfahren?	392
3. Prozesskostenhilfe für das PKH-Beschwerdeverfahren?	392
V. Rechtsbehelfe gegen die Beschwerdeentscheidung	393
1. Die Rechtsbeschwerde	393
2. Gehörstrüge	394
3. Gegenvorstellung	394
§ 17 Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe	394
I. Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe in Zivilsachen nach der EG-Richtlinie 8/2003	394
1. Grundsätze	394
2. Ausgehende Ersuchen, § 1077 ZPO	395
3. Eingehende Ersuchen, § 1078 ZPO	396

II. Anträge nach dem Haager Übereinkommen über den Zivilprozess vom 1.3.1954 (BGBl. II 576) und des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung v. 25.10.1980 (BGBl. 1990 II 207)	398
III. Fälle mit Auslandsbezug in Unterhaltssachen	398
IV. PKH für ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof	399
V. PKH für ein Verfahren vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof	400
2. Teil. Beratungshilfe	403
§ 18 Allgemeines	403
I. Funktion und Entwicklung der Beratungshilfe	403
II. Abgrenzung zur Prozesskostenhilfe	405
III. Personenkreis	410
IV. Übernahme- und Hinweispflichten	411
V. Statistik	413
§ 19 Subjektive Voraussetzungen	416
I. Bedürftigkeit	416
II. Prozesskostenvorschuss	416
III. Selbstverschuldete Mittellosigkeit	417
IV. Künftiges Vermögen und Kreditaufnahme	418
§ 20 Objektive Voraussetzungen	418
I. Wahrnehmung von Rechten	418
II. Erfolgswahrsicht	420
III. Andere Hilfsmöglichkeiten	420
IV. Mutwilligkeit	427
V. Allgemeines Rechtsschutzzinteresse	429
VI. Beratungshilfefähiges Rechtsgebiet	430
1. Grundsätzlich alle Rechtsgebiete	430
2. Strafrecht und Ordnungswidrigkeitenrecht	430
3. Verwaltungs- und Sozialrecht	431
4. Verfassungsrecht	431
5. Zusammenhangsfälle	431
6. Auslandsrechtsfälle	431
§ 21 Umfang der Beratungshilfe	432
I. Beratung und Vertretung	432
II. Erforderlichkeit der Vertretung	433
§ 22 Bewilligungsverfahren	435
I. Zuständigkeit	435
II. Antrag	436
III. Gewährungsformen	440
1. Hilfe durch das Amtsgericht (Rechtspfleger)	440
2. Erteilung eines Berechtigungsscheins	441
3. Direktzugang zum Rechtsanwalt	442
4. Anwaltliche Beratungsstellen	443
5. Rechtsbeistände	443
6. Anerkannte Stellen für Verbraucherinsolvenzberatung	443
7. Steuerberater und Steuerbevollmächtigte	444
8. Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer	444
9. Rentenberater	444
IV. Aufhebung der Beratungshilfe	444
V. Rechtsbehelfe	447
1. Gegen die Versagung der Beratungshilfe	447
2. Rechtsbehelf der Staatskasse gegen die Bewilligung der Beratungshilfe	449
3. Entscheidung	449
§ 23 Gebühren und Vergütung	450
I. Ansprüche gegen den Rechtssuchenden	450
II. Ansprüche gegen den Gegner	451

III.	Ansprüche gegen die Landeskasse	453
1.	Überblick	453
2.	Beratungsgebühr	455
3.	Geschäftsgebühr	456
4.	Einigungs- und Erledigungsgebühr	457
5.	Kumulation der Gebühren nach VV 2503 und 2508 RVG	459
6.	Schuldenbereinigungsgebühr	459
7.	Übergangsfälle	459
8.	Auslagenerstattung	460
9.	Anspruchsverlust bei notwendiger Zweitberatung	461
10.	Vorschussanspruch	462
11.	Übergang von Ansprüchen	462
IV.	Begriff der „Angelegenheit“ in der Beratungshilfe	462
1.	Begriffsbestimmung	462
2.	Einzelfälle (alphabetisch)	465
§ 24 Kostenfestsetzungsverfahren	469	
I.	Zuständigkeit	469
II.	Antrag	469
III.	Nachweis der Entstehung der Gebühren	469
IV.	Umfang der Überprüfung im Festsetzungsverfahren	470
V.	Rechtsbehelfe	471
Sachverzeichnis	473	


 beck-shop.de
 DIE FACHBUCHHANDLUNG